

AGSV Polizei NRW



PDV 300 – ein Damoklesschwert

Die Gewerkschaft der Polizei NRW fordert in der Debatte um den Haushalt 2012 die Einstellungen in der Polizei auf 1700 zu erhöhen. Begründung“ immer mehr erfahrene Polizisten werden in naher Zukunft aus Altersgründen aus den Verkehrs- und Kriminalkommissariaten ausscheiden, es droht der Polizei in Nordrhein-Westfalen in den kommenden Jahren nicht nur ein massiver Personalengpass, sondern auch ein enormer Wissensverlust.“ Dies können wir nur bestätigen und die Forderung der GdP NRW uneingeschränkt unterstützen.

Zusätzlich zu den regulären Zuruhesetzungen aufgrund Erreichung der Altersgrenze droht der Polizei NRW und den Polizeien in Bund und Ländern der Verlust von tausenden Kollegen und Kolleginnen, wenn die PDV 300 restriktiv umgesetzt werden sollte. Für tausende Kollegen und Kolleginnen besteht die Gefahr nach der Novellierung der PDV 300, die Polizeidienstunfähigkeit attestiert zu bekommen.

- **Der Schutzmann, der Sie bei einer häuslichen Gewalt begleitet und unterstützt,**
- **der Schutzmann, der Karnevals-, Martins- und Schützenumzüge begleitet,**
- **der/die Verkehrserzieher/in, die unsere Kinder auf die Gefahren im Straßenverkehr vorbereiten,**
- **der/die Opferschutzbeauftragte, die Menschen nach einer Gewalttat intensiv begleiten, damit sie das Erlebte verarbeiten können,**
- **der/die Anzeigensachbearbeiter/in, die aus gesundheitlichen Gründen keinen Nachtdienst mehr machen kann, aber für die Bürger ein wichtiger Ansprechpartner ist,**
- **der/die Verkehrsdienstbeamte/in, die Schwerlast- oder Alkoholkontrollen durchführen, um schwere Unfälle zu verhindern und somit Leben retten,**
- **der/die Kriminalfachbearbeiter/in, die Einbruchs-, Diebstahls- oder sonstige Delikte aufklären, der/die Verkehrssachbearbeiter/in, die Ihren Unfall bearbeitet, damit Sie Ihr Recht bekommen,**
- **der Schutzmann, der präventiv arbeitet, um zu verhindern, dass Sie Opfer einer Straftat werden, der/die Kriminalfachbearbeiter/in, die Drogenkriminalität bekämpft, um Ihre Kinder zu schützen**
- **und und und.**

Ich könnte es endlos fortführen. Viele solcher Aufgaben, die für die Sicherheit der Bürger und Bürgerinnen unseres Landes wichtig sind, sind mit behinderten oder eingeschränkt dienstfähigen Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen besetzt. Und sie machen ihre Aufgabe gut und sind hoch motiviert. Zum Wohle und zur Sicherheit aller Bürger und Bürgerinnen dieses Landes.

Alle haben etwas gemeinsam – sie haben ein Handicap, wie auch immer es aussieht. Ob es eine Behinderung, eine dauerhafte Einschränkung nach einem schweren Dienstunfall, nach einer schweren Verletzung, nach Krankheit oder nur das fortgeschrittene Alter ist. Aber aus diesen Gründen können sie nicht mehr an jedem Ort, zu jeder Zeit, an jeder Stelle uneingeschränkt eingesetzt werden. Nach der neuen Vorschrift sind sie jetzt **„Polizeidienstunfähig“**. Eine Vorschrift, die völlig realitätsfremd ist. Sie mag nun dem Richterspruch eines Bundesverwaltungsrichters gerecht werden, allerdings nicht der Wirklichkeit.

Stellen Sie sich vor, all diese Polizistinnen und Polizisten sind nicht mehr da, wer soll dann diese Aufgaben wahrnehmen. Stellen Sie sich vor, eine Begleitung von Umzügen, die Vorbereitung Ihrer Kinder auf die Gefahren im Straßenverkehr, Anzeigenaufnahme, Opferbetreuung, Straftatenaufklärung, Bekämpfung der Drogenkriminalität, Unfallsachbearbeitung, Unterstützung bei häuslicher Gewalt, Unterstützung bei Fußballspielen, sinnvolle Initiativen wie „Kurve kriegen und Riegel vor“, Verkehrsunfallprävention etc. etc. – finden in unserem Lande nicht mehr statt.

Ist das politischer Wille – oder will Politik mit Augenmaß die neue PDV 300 umsetzen? Eine Antwort haben wir bis jetzt nicht. Die betroffenen Beschäftigten in der Polizei sind verunsichert – verständlich – ihre berufliche und private Existenz ist bedroht. Und sie werden zurzeit allein gelassen.

Für die Menschen, die unsere innere Sicherheit schützen, ist momentan nichts sicher.

Wenn all diese Kollegen und Kolleginnen nicht mehr da sind – müssen andere die vielfältigen Aufgaben übernehmen. Überstunden an Überstunden sind vorprogrammiert – die jungen und noch fitten Kollegen und Kolleginnen werden aufgrund der Überlastung früher krank, ernsthaft und dauerhaft. Sie sind dann halt bereits mit Ende dreißig verschlissen und nicht mehr voll einsetzbar.

Aus unserer Sicht ist dies ein unverantwortliches Handeln gegenüber unseren Nachwuchskräften. Kann man jungen Menschen bei dieser immer über ihnen schwebenden Gefahr, noch raten sich für den Polizeiberuf zu entscheiden? Polizist/Polizistin - ein attraktiver und sicherer Beruf? Durch Ignorieren und Nichtstun wird die Politik dieses Problem nicht lösen können. Gesundheitsmanagement auf dem Papier hilft hier auch nicht weiter. Dienstlich verordneter Sport – wer hat denn dafür noch Zeit? Nach 10/11 Stunden Arbeit kann man und will nicht mehr und die Familie ist ja auch noch da.

Wenn wir jetzt nicht handeln, wird unser Nichtstun uns bald einholen – die Polizei NRW steht bereits jetzt schon mit dem Rücken an der Wand. Die Politik muss handeln – und zwar jetzt.

Es gibt Lösungen – aber man muss Geld in die Hand nehmen und man muss es wollen – „Innere Sicherheit“ gibt es nun mal nicht zum Nulltarif. Die Bürger und Bürgerinnen dieses Landes haben ein Recht auf „Innere Sicherheit“.

Unsere Polizisten und Polizistinnen haben ein Anrecht auf uneingeschränkte Unterstützung, wenn sie irgendwann mal nicht mehr so fit wie ein 20jähriger sind. Sie haben täglich ihr Leben für die „Innere Sicherheit“ eingesetzt. Das Land hat ihnen gegenüber eine besondere Verpflichtung.

Es gehört nun mal zur ganzen Wahrheit, dass ein Polizist, eine Polizistin während seiner/ihrer Dienstzeit irgendwann nach der neuen PDV 300 „polizeidienstunfähig“ werden kann, wahrscheinlich sogar wird. Denn Krankheit, Behinderung und Alter trifft uns sehr schnell.

Es sind heute schon viele polizeidienstunfähig, wenn man jetzt die neue PDV 300 als Maß aller Dinge zu Grunde legt – sie leisten aber trotz Handicap einen wichtigen, unersetzlichen Beitrag zur Erhaltung der Inneren Sicherheit - für das Land NRW, für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

Ein Signal in die Behörden ist nicht zu erkennen – einige Behörden suchen sich bereits – insbesondere behinderte und ältere Polizisten und Polizistinnen aus – um sie dem Amtsarzt vorzustellen, obwohl die Betroffenen keine Ausfallzeiten vorweisen und ihren Aufgabe für das Allgemeinwohl gut machen. Trotz ihres vorgeschrittenen Alters und trotz ihres Handicaps. Ziel ist die vorzeitige Zuruhesetzung. Inhumanes Handeln einzelner Behörden! Gott sei Dank sind nicht alle so – aber wie lange noch?

Die Devise scheint in einigen irrenden Köpfen zu sein - tausche „Alt und krank gegen jung und gesund“. So kann man natürlich auch den hohen Altersdurchschnitt in der Polizei senken. Eine andere Landespolizei macht es bereits vor – alle lebensältere, eingeschränkt verwendungsfähigen Kollegen und Kolleginnen sollen Zug um Zug aus dem Dienst entfernt werden plus eine Zahl X an Neueinstellungen, schon hat man sein Ziel, die Polizei bis 2020 zu verjüngen, erreicht. Einfache Rechnung, mag die Meinung sein.

Will NRW sich dieses schlechte Beispiel als Vorbild nehmen? Die Zeche zahlen wir alle. Denn das gibt es sicher nicht zum Nulltarif. Hohe Pensionslasten, hohe Ausgaben für Neueinstellungen, hohe Kosten für aufkommende Krankheiten sind die Folgen. Denn „Innere Sicherheit“ ist ein muss.

Menschenwürdiger Umgang und Wertschätzung sieht anders aus.

Das körperliche, geistige und seelische Wohlbefinden der Beschäftigten ist eine wesentliche Voraussetzung für eine effektive und effiziente Polizei NRW, so eine Erklärung aus dem Behördlichen Gesundheitsmanagements in der Polizei. Dazu gehört auch der humane Umgang mit behinderten und eingeschränkt verwendungsfähigen Polizisten und Polizistinnen, sagen wir.

Wir fordern die Politik auf, sich um ihre Polizisten und Polizistinnen zu kümmern. Und zwar jetzt.

Wir fordern die Politik auf, die Behörden einzufangen, die bereits Kollegen und Kolleginnen in vorauseilendem Gehorsam ohne Grund oder Anlass zum Amtsarzt schicken.

Wir fordern die Politik auf, für die betroffenen Kollegen und Kolleginnen vernünftige, existenzsichernde Lösungen zu suchen.

Wir fordern die Politik auf, mit den betroffenen Kollegen und Kolleginnen menschenwürdig umzugehen.

Gerade die Polizisten und Polizistinnen haben es verdient. In vielen Fällen haben sie ihre Gesundheit durch die besonderen Gefahren des Polizeidienstes und durch die schwierigen Arbeitsbedingungen eingebüßt. Das darf man nicht vergessen.

Es sind die kleinen Dinge, auf die es ankommt, auf die Umgangsformen z. B. und die kosten kein Geld – sind aber immens wichtig. NRW will inklusiv werden und sozial bleiben – so die politische Aussage unserer Ministerpräsidentin. Die Menschen in der Polizei dürfen hierbei aber nicht vergessen werden.



© AGSV Polizei NRW
03. Oktober 2012

AGSV Polizei NRW